

Willy Brandt, Nach dem Sieg: Auszug über Deutschland und Europa

Legende: In seinem Buch Nach dem Sieg, das 1944 während seines Exils in Schweden erschien, zählt Willy Brandt die für die Schaffung eines neuen stabilen Regimes in Deutschland notwendigen Bedingungen auf. Er betont besonders die Tatsache, dass die deutsche Frage in einem weiteren europäischen Kontext gelöst werden muss.

Quelle: BRANDT, Willy. Berliner Ausgabe. LORENZ, Einhart (Hrsg.). Grebing, Helga; Schöllgen, Gregor; Winkler, Heinrich August im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Band 2: Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil-Rückkehr nach Deutschland 1940-1947. Berlin: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2000. ISBN 3-8012-0302-6. p. 148-151.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL: http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_nach_dem_sieg_auszug_uber_deutschland_und_europa-de-b454a42b-4920-420a-a1f6-fb92e5c4385a.html

Publication date: 03/07/2013

Willy Brandt, *Nach dem Sieg*

[...]

32. Deutschland und Europa

Ein neues deutsches Regime, das sich gegenüber der eigenen Bevölkerung behaupten und die Garantien erfüllen kann, die von den Siegermächten gefordert werden, wird unverzüglich vor diese Aufgaben gestellt:

Erstens muss es hart und rücksichtslos gegen alle nazistischen Verbrecher zuschlagen. Sie müssen verhaftet und bestraft und in dem Ausmaß, wie dies gefordert wird, an die Alliierten ausgeliefert werden. SS- und Gestapo-Männer und andere fanatische Nazisten müssen interniert und in dem Umfang, in dem sie nicht verurteilt werden, Zwangsarbeit leisten. Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Aufgabe gelöst werden kann, wenn man (wie in einem amerikanischen Programmpunkt im American Mercury angedeutet wird) die deutsche Polizei übernimmt und ihr ihre Waffen belässt. Es handelt sich um Himmlers Polizei, wenngleich es einen Teil anständiger Polizisten in ihr geben kann.

Zweitens müssen die demokratischen Grundrechte für diejenigen beibehalten werden, die die Demokratie als Arbeits- und Diskussionsgrundlage anerkennen. Außer Redefreiheit und Religionsfreiheit werden Organisations- und Pressefreiheit wieder eingeführt.

Drittens gilt es, das Leben der Bevölkerung zu erhalten, die Umstellung der Industrie auf Arbeit für nützliche Zwecke zu beschleunigen und Massenarbeitslosigkeit mit dem daraus folgenden sozialen Chaos zu verhindern. Diese Aufgaben können nur gelöst werden, wenn man einen großen Teil des nazistischen Kontrollapparats für die Wirtschaft „übernimmt“. Wenn nicht, kommt es zu einem Zusammenbruch auf ganzer Linie. Das Zentrale ist kein Dogmenstreit über Sozialisierung versus Privatinitiative, sondern eine Frage, wie man Hungersnot verhindern und wie man Soldaten in eine normale Beschäftigung zurückführen kann. Es muss allerdings dafür gesorgt werden, dass zuverlässige Leute die Verwaltung des Planungsapparats übernehmen und dass eine ausreichende demokratische Kontrolle geschaffen wird. Kooperative Produktions- und Distributionsorgane sollten bei dieser Umorganisation einen wichtigen Platz finden können.

Viertens wird es eine Aufgabe, die Verwaltung, das Rechtswesen, den Unterricht usw. zu demokratisieren. Die kommunale Selbstverwaltung sollte gestärkt werden. Eine Dezentralisierung von Kultur und Verwaltung muss mit einer starken Zentralisierung auf wirtschaftlichem Gebiet koordiniert werden.

Die Lösung dieser Aufgaben um einen Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung in demokratischer Richtung ist allerdings abhängig von der Außenpolitik der deutschen Revolution und der Haltung des Auslandes zur deutschen Revolution.

Die Union deutscher sozialistischer Organisationen stellte in ihren Richtlinien im Oktober 1943 fest, dass das erste Ziel ihrer internationalen Nachkriegspolitik sein sollte, „ein demokratisches Deutschland in eine internationale Organisation“ einzugliedern. Man erklärte weiter, dass der erste Beitrag des demokratischen Deutschlands zum internationalen Sicherheitssystem eine sofortige militärische Abrüstung sein müsse. „Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des kommenden freien Deutschlands“, heißt es weiter, „an der Wiedergutmachung des Unrechts, das Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, und am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuwirken“.

Es wird aber auch nationalistische Kräfte in dem neuen Deutschland geben. Man kann von aufrichtigen Demokraten erwarten, dass sie ohne Rücksicht auf diese an einer europäischen und internationalen Zielsetzung festhalten werden und größere Teile ihres Volkes für diese zu gewinnen suchen. Dagegen sollte man vielleicht nicht erwarten, dass deutsche Demokraten in allen Punkten darauf eingestellt sind, ohne weiteres alle Papiere zu unterschreiben, die ihnen von außerhalb vorgelegt werden.

Nach all dem, was geschehen ist, kann kein Frieden „ungerecht“ im Vergleich zu dem sein, wie die Nazisten

sich gegenüber andern Ländern aufgeführt haben. Andererseits wird es nicht einfach sein, Friedensbedingungen festzulegen, die von den Deutschen als „gerecht“ betrachtet werden. Die einzige Lösung ist, dass das deutsche Problem in einen europäischen Zusammenhang eingeordnet wird. In den Fragen der Abrechnung mit dem Nazismus und der Wiedererrichtung demokratischer Organisationen und Institutionen liegt offenbar ein gemeinsames Interesse der alliierten Nationen und der demokratischen Deutschen - gleich, ob es nun viele von ihnen gibt oder nicht - vor. Auch bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme, sollte man eine Einschätzung dessen, was aus europäischer und internationaler Sicht rational ist als Ausgangspunkt nehmen.

In der englischen Diskussion hat besonders der Economist unterstrichen, dass das deutsche Problem als ein Glied zur Lösung der internationalen Fragen gesehen werden sollte. Das Wichtigste ist nicht, ob die Deutschen „gut“ oder „böse“ sind, sondern ein sicheres internationales System zu schaffen. Das Problem sollte nicht mit Deutschland als Ausgangspunkt gesehen werden, meint Economist, sondern unter Berücksichtigung der eigenen Interessen der alliierten Nationen. Eine ähnliche Auffassung haben u. a. die norwegische Fri Fagbevegelse und die illegale Populaire der Franzosen.

Im Bericht der Chathamgruppe (Das Problem Deutschland) wird erklärt, dass der dominierende Faktor die europäischen Bedürfnisse in ihrer Totalität sein sollten. „So kann die Okkupation strategischer Stützpunkte im Namen der alliierten Nationen im Interesse der Sicherheit und effektiven Abrüstung notwendig werden. Allgemeine wirtschaftliche Gesichtspunkte können auch ausschlaggebend für die Lösung besonderer territorialer Probleme werden“. Zu den Bedingungen für die Durchführung einer derartigen Politik sollte indessen auch gehören, dass Deutschland an der Gestaltung der europäischen Politik teilnimmt und dass deutsche Gesichtspunkte bei Abwägung dessen, was gemeinsame europäische Interessen sind, berücksichtigt werden.

Dass es einer solchen Koordinierung für die rationelle Lösung des Entschädigungsproblems bedarf, ist bereits in einem anderen Zusammenhang angedeutet worden. Wird das Problem isoliert gelöst, wird Deutschland auf der Grundlage eines sehr niedrigen Lebensstandards den Export ausweiten und Dumpingwaren auf die Märkte der Siegermächte werfen. Die Folgen für den Lebensstandard in anderen Ländern und für den internationalen Handel sind offensichtlich. Erhält Deutschland dagegen seinen Platz in einer organisierten europäischen und internationalen Wirtschaft zugewiesen, kann es seinen Beitrag zum Wiederaufbau leisten ohne anderen zu schaden.

Die Times lancierte im Dezember 1943 die Losung, nicht die Einheit Deutschlands zu zerstören, sondern es in Europa als größere Einheit einzufügen. Zielt man auf eine Ordnung ab, in der Europas Wirtschaft koordiniert werden soll, ist es natürlich - was u. a. von radikalen englischen Kreisen angedeutet wird -, eine Kooperation der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets, Lothringens, Belgiens, Luxemburgs und Hollands zu errichten. Abgesehen davon, dass die jeweiligen Länder ihren Anteil an dem neuen westeuropäischen Industriegebiet, das die Hegemonie des Ruhrgebiets aufheben würde, bekommen würden, ist es auch gut denkbar, dass man zu einer Ordnung kommt, bei der auch die großen alliierten Mächte zufriedenstellend repräsentiert sind. Etwas ähnliches ist auch für die schlesische Industriegebiete, die früher zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei geteilt waren, angedeutet worden. Auch für die chemische Industrie sind Pläne für eine Koordinierung, die die bisherigen Staatsgrenzen sprengen, vorgelegt worden.

Was wir machen müssen - sagt Harold Laski - ist, eine Wirtschaft zu planen, die Deutschlands Industriepotenzial voll ausnutzt, um dadurch den Lebensstandard der ganzen Welt einschließlich Deutschlands zu erhöhen. Aber das erfordert, dass man in Europa und in der übrigen Welt mit einer neuen Wirtschaftspolitik beginnt.